



Frau Dr. Ursula Löbel  
Herr Gregor Jekel  
Herr Jörg Bindheim  
Frau Martina Spyra

Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam  
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration  
Fachbereich Soziales und Gesundheit  
Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.09.2019 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Mietendeckel  
Vorlage: 19/SVV/0609  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Standard für Einzelfallhelfer\*innen an Schulen  
Vorlage: 19/SVV/0745
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zur Koordinierung "Sicherer Hafen"
- 5.2 Aussprache zum Report der Beauftragten für Migration und Integration
- 5.3 Wohnraumförderungsgesetz des Landes Brandenburg - Information über neue  
Einkommensgrenzen
- 5.4 Sachstand zur Umsetzung des Maßnahmenplans zum Psychiatriekonzept
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.09.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die  
Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 stimmberechtigten

Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 24.09.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die Tagesordnung zur Abstimmung. Sie teilt mit, dass die Verwaltung im TOP „Sonstiges“ eine Information zum Integrationsbudget geben wird.

Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

### zu 3 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Herr Dr. Hardenberg weist darauf hin, dass die Stelle des Ehrenamtskoordinators in der Landeshauptstadt Potsdam seit 2015 nicht besetzt ist. Der **Seniorenbeirat** bittet um Information zum Stand der Stellenbesetzung.

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Gesundheit) informiert, dass die Stelle der Ehrenamtskoordination ausgeschrieben war. Weitere Informationen liegen ihm nicht vor.

Frau Schulze fragt, ob es sich um eine Vollzeitstelle handelt.

Dies wird von Herrn Bindheim bejaht. Die Stelle soll beim Büro des Oberbürgermeisters angesiedelt sein.

Herr Dr. Hardenberg informiert, dass die 27. Brandenburgische Seniorenwoche landesweit vom 14.06.2020 bis zum 21.06.2020 stattfindet. Die feierliche Eröffnung erfolgt am 13.06.2020 durch den Ministerpräsidenten in Lübben. Des Weiteren verweist Herr Dr. Hardenberg auf den Geschäftsverteilungsplan der LHP und macht darauf aufmerksam, dass dort der Name der Beigeordneten Meier nicht enthalten ist.

Frau Gonzales Olivo informiert, dass am 23.10.2019 der neue Vorstand des **Migrantenbeirates** für 2,5 Jahre gewählt wird. Die Präsenz in den Ausschüssen soll verstärkt werden. Sie selbst wird versuchen, an den Sitzungen des GSWI-Ausschusses teilzunehmen.

Herr Okurka informiert, dass es am 21.10.2019 eine außerordentliche Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung gab. Der Beirat befindet sich aktuell in einer schwierigen Situation mit einem Notvorstand. Jetzt wird in einem Mediationsverfahren zu klären sein, wie es weiter gehen soll.

Frau Laabs betont, dass ihr das Thema sehr wichtig ist. Sie fragt, wie der GSWI-Ausschuss hier unterstützen und dies ggf. als Schwerpunktthema oder Klausur bearbeiten kann.

Herr Okurka hält es für wichtig, dass der Beirat mit Kompetenzen ausgestattet wird. Dies ist eine Grundsatzfrage, die geklärt werden muss.

Frau Eisenblätter schlägt vor, in der nächsten Sitzung den Bericht des Beirates abzuwarten.

#### zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 4.1 **Mietendeckel**

**Vorlage: 19/SVV/0609**

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Frau Schulze verweist auf die neue Fassung des Antrages, die allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgereicht wurde und erläutert diese kurz.

Herr Eichert weist darauf hin, dass es eine Handlungsanweisung gibt, die durch das Bündnis für Wohnen erarbeitet wurde. Durch den großen kommunalen Anteil hat die Landeshauptstadt Potsdam bereits einen großen Einfluss und damit eine gute Situation.

Das Einzige, was aus seiner Sicht hilft, ist Wohnungsneubau.

Er warnt vor der Regulierung der Miethöhen. Der Antrag ist aus seiner Sicht entbehrlich.

Frau Meier weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag auf den Bestand abzielt. Bezahlbares Wohnen muss erhalten bleiben.

Wichtig ist das Verbot des Umwandeln von Bestandswohnungen in Eigentum.

Herr Dr. Hardenberg verweist auf die Absichtserklärung der Wohnungsgenossenschaften zur Errichtung von Wohnungen.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass der derzeit in Berlin diskutierte Mietendeckel nicht mehr der ist, der er zu Beginn der Diskussion war. Er spricht sich daher für den Prüfauftrag aus.

Herr Jekel erklärt, dass die Arbeitsanweisung bereits in Umsetzung ist.

Frau Vandre macht darauf aufmerksam, dass Verdrängungsprozesse in der Stadt stattfinden. Dem soll entgegen gewirkt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

#### **Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Wege und Voraussetzungen für eine stärkere Einflussnahme der Stadt auf die Miethöhe zu prüfen. In diesem Zusammenhang sollen auch Steuerungsmöglichkeiten im Sinne eines Mietendeckels in Verbindung mit möglichen Auswirkungen auf die Wohnsituation in Potsdam betrachtet werden.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer Sitzung im Januar 2020 vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich **angenommen**.

## zu 4.2 **Standard für Einzelfallhelfer\*innen an Schulen**

### **Vorlage: 19/SVV/0745**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage -

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Gesundheit) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Einzelfallhelfer in der Eingliederungshilfe und erklärt die Aufgaben der Fachkraft bzw. der Nichtfachkraft.

Frau Eifler macht deutlich, dass ab 01.01.2020 voraussichtlich die Fachkräfte als Standard im BTHG stehen werden.

Herr Bindheim erklärt, dass die Eltern für die Kinder ein Budget an die Hand bekommen und damit selbst entscheiden können, wie diese Mittel eingesetzt werden. Noch ist unklar, wie diese Aufgabe ab dem 01.01.2010 zu erfüllen ist.

Herr Eichert fragt, ob es sich um pflichtige Aufgabe handelt und ob diese Mittel im Haushalt enthalten sind.

Frau Meier erklärt, dass im SGB VIII Fachkräfte die Leistung erbringen müssen. Im SGB XII können Leistungen auch durch Nichtfachkräfte erbracht werden. Die Leistungserbringung an sich ist pflichtig, wie diese erbracht wird, muss geklärt werden.

Frau Meier betont, dass bisher nicht absehbar ist, ob die bisher eingeplanten Mittel ausreichend sind. Sollten die Mittel nicht ausreichen, um die pflichtigen Aufgaben zu erfüllen, muss ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden.

Frau Laabs betont, dass die Eltern aktuell froh sind, wenn sie eine Kraft bekommen, auch wenn es keine Fachkraft ist. Sie verweist auf den Fachkräftemangel.

Frau Laabs fragt, ob bekannt ist, wie die Träger dazu stehen. Gab es eine Kommunikation mit den Trägern?

Frau Waskowski weist darauf hin, dass es das Persönliche Budget bereits seit 10 Jahren gibt. Eine Verpflichtung, dies zu nutzen, wird es auch ab 2020 nicht geben.

Sie betont, dass die Assistenzkräfte wichtige Leistungen übernehmen und auch eine Ausbildung haben. Nach ihrer Information werden die Kosten zu 85 % durch das Land getragen.

Herr Otto regt an, dass BTHG abzuwarten, um dann zu überlegen, wie damit umgegangen werden soll.

Herr Okurka spricht sich für eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte aus.

Herr Bindheim erklärt, dass die Kostenübernahme durch das Land für die Eingliederungshilfe gilt. Er erklärt, dass die Verwaltung intern geprüft hat, aber nicht auf die Träger zugegangen ist.

Herr Bindheim betont, dass von Seiten der Verwaltung sehr genau geprüft wird, dass die Kraft zur jeweiligen Familie passt.

Frau Eifler stellt die Vorlage zurück und bittet um Bericht im Januar und Februar 2020. Bis dahin soll die Verwaltung dazu Kontakt zu den Trägern aufnehmen.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

## **zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1     Information zur Koordinierung "Sicherer Hafen"**

Frau Dr. Löbel (Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam) erinnert an den Beschluss Stadtverordnetenversammlung „Sicherer Hafen“. Sie berichtet, dass es am 01.10.2019 in Rottenburg einen ersten Austausch mit anderen Kommunen gab, die dem Bündnis „Sicherer Hafen“ beigetreten sind.

Folgende Ergebnisse wurden festgehalten:

1. Die Bündnisstädte verstehen sich als humanitäre Wertegemeinschaft mit hoher Kompetenz für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen und bekräftigen ihr Angebot der zusätzlichen Aufnahme aus humanitären Notlagen im Mittelmeerraum.
2. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung über die jetzt gefundene ad-hoc-Lösung auf, sich für eine langfristige Lösung zur Sicherung der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen auf europäischer Ebene einzusetzen und dazu jetzt einen eigenen Beitrag zu leisten. Seenotrettung ist kein Verbrechen und braucht sichere Häfen.
3. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung auf, Transparenz im Verteilungsverfahren zu schaffen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Angebot umzusetzen. Die kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration braucht eine auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung.
4. Die Bündnisstädte intensivieren die erfolgreiche Bündnisarbeit und vernetzen sich stärker auf Landesebene und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam hat den Städten angeboten, dass die LHP die Koordination übernimmt. Er hat die Aufgabe dem Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam übertragen.

Inzwischen haben sich 134 Städte Deutschlands zu sicheren Häfen erklärt.

Bereits am 03.06.2019 wurde die Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“ veröffentlicht.

Frau Dr. Löbel sagt zu, die Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“ als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Frau Schulze fragt, mit wie vielen Stellen diese Aufgaben bewältigt werden.

Frau Dr. Löbel erklärt, dass es derzeit 6 Stellen gibt, von denen 2 aktuell nicht besetzt sind. 3 Stellen werden sich zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben damit befassen. Auf Nachfrage teilt sie mit, dass eine weitere Stelle im Haushalt angemeldet ist

Herr Heuer bittet um nähere Information zur Umsetzung der Aufnahme der zusätzlichen Geflüchteten.

Frau Dr. Löbel erklärt, dass hier eine Regelung durch das Bundesinnenministerium erfolgen muss. Von dort gibt es eine Einladung zu

einem Gespräch. Ein Termin steht noch nicht fest. Zwischen den Bündnisstädten besteht Einigkeit, dieses Gesprächsangebot anzunehmen.

Frau Vandre betont, dass es auch auf Landesebene sehr schwierig war, die Jesidinnen im Land Brandenburg aufzunehmen. Sie fragt, ob die Aufgabe bei der ToSiP bleiben soll.

Herr Jekel erklärt, dass auch die Landeshauptstadt Potsdam geprüft hat, Jesidinnen mit ihren Kindern aufzunehmen. Es gab aber keine geeignete Unterkunft. Er teilt mit, dass in diesem Jahr in der LHP drei aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufgenommen wurden. Unklar ist hier aber, ob dies im Rahmen des „Sicheren Hafens“ erfolgt ist.

Frau Dr. Löbel erklärt, dass dies zunächst bis 2022 koordiniert werden soll. Es gab noch keine konkreten Verständigungen im Bündnis. In den nächsten Wochen wird die Arbeit des Bündnisses verstärkt.

Herr Fröhlich weist darauf hin, dass noch sehr viele Seenotgerettete in Malta festsitzen. Es gibt auch keine Regelung, dass es kommunale Möglichkeiten für die Aufnahme gibt.

## **zu 5.2 Aussprache zum Report der Beauftragten für Migration und Integration**

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) geht eingangs auf die Handlungsempfehlung, für die Migrationssozialarbeit eine zusätzliche Stelle zu schaffen, ein und gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen zu den gesetzlichen Grundlagen.

Er teilt mit, dass es ein Treffen mit Frau Grasnack gab, um die ausgereichte Stellungnahme zu besprechen.

Frau Laabs fragt, ob die Mittel bereits abgerufen worden.

Herr Jekel erklärt, dass durch die Landeshauptstadt Potsdam die Mittel abgerufen wurden. Es gab bereits Abschlagszahlungen.

Frau Gonzales Olivo fragt, ob es eine Evaluation zum Einsatz der Mittel erfolgt ist und was dies gebracht hat.

Herr Jekel bietet an, in einer der nächsten Ausschusssitzungen darüber zu berichten.

Frau Grasnack macht deutlich, dass Migrationssozialarbeit nach Landesrichtlinie eine festgeschriebene standardisierte Leistung ist.

Sie verweist auf das Konzept zur Umsetzung der Migrationssozialarbeit der LHP.

Frau Meier macht deutlich, dass im § 12 Landesaufnahmegesetz geregelt ist, welche Leistungen erbracht werden müssen, nicht wie diese erbracht werden müssen. Sie verweist auch auf das sehr breite Netz an Integrationsangeboten in der LHP.

Frau Grasnack verweist darauf, dass es eine sehr gute Beschreibung gibt, wie Migrationssozialarbeit zu erfüllen ist. Sie regt an, die Träger zu fragen, die Migrationssozialarbeit anbieten, wo die Bedarfe liegen. Die Qualität kann aus

ihrer Sicht gesteigert werden.

Frau Meier verweist auf die gesetzlichen Grundlagen, nach denen die finanziellen Mittel abgerufen werden.

Frau Eisenblätter schlägt vor, dass es innerhalb der Verwaltung eine Verständigung gibt, um die Darlegungen in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses zu präsentieren.

Herr Fröhlich schließt sich dem an. Die Missverständnisse sollten ausgeräumt werden.

Frau Schulze bittet darum, dass die durch Frau Grasnick vorbereitete Präsentation allen als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt wird.

Frau Gonzales Olivo wünscht sich, dass auch der Migrantenbeirat hier mitgenommen wird.

### **zu 5.3 Wohnraumförderungsgesetz des Landes Brandenburg - Information über neue Einkommensgrenzen**

Herr Jekel erläutert anhand einer Präsentation die Neuerungen der BbgWoFG. Er stellt die Einkommensgrenzen vor.

Frau Laabs bittet um die Präsentation als Anlage zur Niederschrift.

Die Präsentation wird als Anlage zum Tagesordnungspunkt in der Niederschrift im Ratsinformationssystem hinterlegt.

### **zu 5.4 Sachstand zur Umsetzung des Maßnahmenplans zum Psychatriekonzept**

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Gesundheit) stellt anhand einer Präsentation den Sachstand der Umsetzung des Maßnahmenplans vor. Dabei informiert er, dass insgesamt 5 Maßnahmen umgesetzt wurden. An weiteren 10 Zielen wurde begonnen, zu arbeiten. 6 Maßnahmen sind noch nicht begonnen. 8 Ziele sind im Maßnahmenplan erst für 2020 geplant und deshalb noch nicht begonnen.

Er betont, dass alle noch nicht beendeten Maßnahmen in das Jahr 2020 übernommen werden.

Die nächste Berichterstattung erfolgt im 2. Quartal 2020.

Frau Eifler spricht die Maßnahmen im Zeitverzug an und fragt nach den Gründen dafür. Des Weiteren fragt sie nach der Besetzung der Stelle der Psychatriekoordination.

Herr Bindheim berichtet, dass die Stelle ausgeschrieben war und möglichst zeitnah nachbesetzt werden soll. Er betont, dass großer Wert auf die Gremienbeteiligung gelegt wird. Die PSAG wird hier eingebunden.

Frau Schulze bittet, die neue Koordinatorin/den neuen Koordinator im GSWI-Ausschuss vorzustellen.

Frau Waskowski fragt, ob es die Flyer in leichter Sprache gibt.

Herr Bindheim prüft das und reicht die Antwort nach.

Frau Laabs bittet um die Präsentation. Sie betont, dass sie die Präsentationen möglichst im Vorfeld erhalten möchte.

Frau Meier betont, dass es sich um Berichte handelt, die im Nachgang ausgereicht werden.

Frau Schulze schlägt vor, alle Präsentationen als Anlage zum jeweiligen Tagesordnungspunkt in der Niederschrift im Ratsinformationssystem zu hinterlegen.

## **zu 6      Sonstiges**

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) teilt mit, dass die Richtlinie zum Integrationsbudget zum Jahresende ausläuft. Diese soll um 2 Jahre verlängert werden und wird nun redaktionell überarbeitet. In der Novembersitzung des GSWI-Ausschusses sollte ein Mitglied des Ausschusses für das Auswahlgremium benannt werden.

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird darauf hingewiesen, dass Herr Fröhlich in der konstituierenden Sitzung für das Gremium benannt wurde.

Frau Schulze verweist auf die Besetzung der Stelle der/des Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Alle Fraktionen haben eine Einladung zur Teilnahme am Bewerberverfahren erhalten. Am 22.10.2019 und am 24.10.2019 finden insgesamt 9 Gespräche in einem strukturierten Interview statt. Sie bedankt sich für das Verfahren.

Herr Okurka bedauert, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung nicht involviert wurde.

Herr Eichert bittet darum, dass bei zukünftigen Beteiligungen von Stadtverordneten darauf geachtet wird, dass diese ehrenamtlich tätig sind.

Frau Schulze und Frau Waskowski regen an, den Landesbeirat für Menschen mit Behinderung zu den Gesprächen einzuladen.

Herr Okurka fragt nach den Mitnahmerechten in Bussen.

Frau Eisenblätter sagt zu, dass dies im Aufsichtsrat des ViP besprochen wird.

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 19. November 2019, 18:00 Uhr**

**Imke Eisenblätter**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**